Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Durlacher Tagblatt. 1920-1964
# 1932

163 (15.7.1932)

Visual Library

# Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 163 — Freitag, den 15. Juli 1932 — 104. Jahrgang


## Kurze Tagesübersicht

**Der Reichskanzler erstattete dem Reichspräsidenten Bericht über Lausanne; daran schloß sich ein gemeinsamer Vortrag des Reichskanzlers und des Innenministers über die innerpolitische Lage.**

*

**Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat in einem Telegramm an den Reichspräsidenten gegen die innere Politik der Reichsregierung schärfsten Protest erhoben.**

*

**Das französische Außenministerium veröffentlicht den Text des Gentleman-Abkommens, das zwischen den Gläubigern Deutschlands zur Regelung der Ratifikationsbedingungen der Lausanner Abkommen abgeschlossen worden ist.**

*

**Die belgische Regierung beschloß, dem französisch-englischen „Vertrauensabkommen" beizutreten.**

*

**Der dänische Ministerrat beschloß, wegen der norwegischen Grönland-Okkupation beim Internationalen Gerichtshof zu protestieren.**

*

**Der Völkerbundsrat wird am Freitag einen Organisationsausschuß ernennen, der die Vorbereitungen für die Weltwirtschaftskonferenz zu treffen hat.**

**Herriot hatte Donnerstag wichtige Besprechungen mit den hohen französischen Militärs, die sich auf den Entschließungsantrag, den Frankreich auf der Genfer Abrüstungskonferenz zu unterbreiten gedenkt, bezogen. Herriot und Paul Boncour werden sich wahrscheinlich Sonntag abend nach Genf begeben.**

*

**Der Berliner Polizeipräsident hat die nationalsozialistische Tageszeitung „Der Angriff" bis zum 23. Juli einschließlich verboten.**

*

**In Königsberg i. Pr. begann am Donnerstag der 15. Deutsche Studententag. Am Abend fand ein großer Fackelzug der Teilnehmer und der Königsberger Studentenschaft statt.**

*

**Im Prozeß wegen der Ermordung des 15jährigen Hitlerjungen Norkus durch Kommunisten wurden Zuchthausstrafen bis zu drei Jahren verhängt.**

*

**Obdachlose, die in Nizza unter einer tunnelartigen Brücke des Paillon-Flusses zu übernachten pflegten, wurden in der Nacht zum Donnerstag im Schlaf von Hochwasser überrascht. Man nimmt an, daß die Zahl der in den Fluten umgekommenen Obdachlosen mindestens 20 beträgt.**

## Verordnung über den Arbeitsdienst am Samstag

**Berlin,** 14. Juli. Wie wir erfahren, wird die vom Reichskabinett beschlossene Verordnung über den Arbeitsdienst am Samstag veröffentlicht werden. Es steht nunmehr fest, daß der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung, Dr. **Syrup, zum Reichskommissar** für den Arbeitsdienst ernannt wird.

In unterrichteten Kreisen schätzt man die Zahl der Leute, die auf Grund der vorhandenen Berechnungen für das laufende Jahr in den Arbeitsdienst übergeführt werden können, auf rund **120 000 bis 130 000.** Ueber die Einzelheiten wird Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer am Samstag abend im Rundfunk sprechen. Die Gesetzesvorlage über den Arbeitsdienst ist dem Reichsrat zugegangen.

Die Ausschüsse des Reichsrats haben für Freitag vormittag eine Sitzung zur Beratung der Vorlage anberaumt, in der vielleicht noch dieser oder jener Wunsch geäußert wird. Die Regierung ist aber an diese Reichsratsberatungen nicht gebunden, da die Verordnung dem Reichsrat nur zur Kenntnisnahme zugeht.

## Die Arbeitspläne der Konferenz der deutschen Landwirtschaftsminister

T.U. **München,** 14. Juli. Zu der am 19. und 20. Juli nach München einberufenen Konferenz der deutschen Landwirtschaftsminister ist zu berichten, daß auf der Tagung folgende Fragen erörtert werden: Erntebergung und Ernte-Finanzierung, Kreditzinsfragen, Förderung des Absatzes, Schutz der Erzeugnisse der Milch- und Molkereiwirtschaft, Lage des Obst- und Gartenbaues und der Viehzucht. Auch die Ausdehnung der Osthilfe auf Bayern soll behandelt werden, sofern nicht vorher schon von reichswegen über sie entschieden ist.

Nach einer Mitteilung der „Bayerischen Staatszeitung" wird in landwirtschaftlichen Kreisen der Konferenz großes Interesse entgegengebracht und es werden von ihr Beschlüsse erwartet, die der großen Not der Landwirtschaft kräftig entgegenwirken. Die Wahl Münchens als Konferenzort wird bewertet als eine Kundgabe des Verständnisses des Reichsernährungsministeriums für die landwirtschaftlichen Interessen Süddeutschlands und insbesondere Bayerns.

## Das französisch-englische Abkommen

**Berlin,** 14. Juli. Der Text des englisch-französischen Vertrauensabkommens ist dem deutschen Geschäftsträger in London übermittelt worden zusammen **mit der Aufforderung an Deutschland, dem Abkommen beizutreten.**

Eine endgültige Stellungnahme Deutschlands zu dem Abkommen wird erst möglich sein, wenn der genaue Wortlaut den Berliner amtlichen Stellen vorliegt. In hiesigen politischen Kreisen wird davor gewarnt, schon vorher übereilt zu dem Abkommen Stellung zu nehmen, solange noch nicht im einzelnen zu übersehen ist, was dahinter steckt. Es hat den Anschein, daß England den ganzen politischen Fragenkomplex, der bereits in Lausanne eine wesentliche Rolle gespielt hat, auf eine bereitere Basis stellen will. Eigenartig muß die **Haltung Frankreichs** berühren, das sich in Lausanne mit größter Mühe gegen die Erörterung der politischen Fragen gewandt hat und sich jetzt durch das Abkommen dafür einsetzt.

*

### Englische Urteile

**London,** 14. Juli. „Daily Herald" sagt, es werde der Aufklärung über diese englisch-französische Verständigung bedürfen, bevor die fortschrittlich gesinnten Kreise Englands sich damit einverstanden erklären könnten.

„News Chronicle" führt aus, Simons hochwichtige Erklärung zeige, daß Frankreich zur Zusammenarbeit mit England in einem seit langem nicht dagewesenen Grade bereit sei. Hoffentlich würden Deutschland, Italien und Belgien sich diesem neuen Schritt der Verständigung und Befriedung anschließen.

„Times" hebt besonders hervor, daß weder von der Bildung einer gemeinsamen Front gegen die Vereinigten Staaten noch von der Bildung eines englisch-französischen Blocks gegen Deutschland die Rede sei. Viele der zu behandelnden Fragen würden wohl im Völkerbundsrat erörtert werden.

„Daily Telegraph" sagt, die Vereinbarung bezwecke die Förderung des internationalen Geistes.

*

### Die französische Presse

**Paris,** 14. Juli. „Petit Parisien" schreibt, dieses Abkommen verdiene seinen Namen mit Recht. Es handle sich dabei um eine französisch-englische Annäherung auf allen Gebieten politisch, finanziell, wirtschaftlich, handelspolitisch, aber in anderer Form als die frühere Entente cordiale.

„Journal" erklärt, an die Stelle der Entente cordiale trete eine Form allgemeiner Zusammenarbeit. Dieser Gedanke sei edelmütig, es bestehe aber stets die Gefahr, daß man die Zusammenarbeit zum Schaden der Ordnung ausklingen lasse.

„Petit Journal" meint, das Abkommen sei ein neuer wichtiger Beitrag zur Organisierung des Weltfriedens.

„Echo de Paris" ist der Ansicht, daß das Vertrauensabkommen an sich nicht viel bedeute. Um das Dokument zu begreifen, müsse man daran denken, daß es in Lausanne eine der ständigen Sorgen Macdonalds gewesen sei. Herriot bestimmte Versprechungen bezüglich der Abrüstung und der Weltwährungsreform usw. zu entreißen. Herriot habe sich anscheinend durch das Trugbild eines englisch-französischen Sonderabkommens verführen lassen.

*

## Das Abkommen über die Ratifikation

### Zwischen den Gläubigermächten

**Paris,** 14. Juli. Das französische Außenministerium veröffentlicht folgenden Text des Gentlemen Agreements, **das zwischen den Gläubigern Deutschlands zur Regelung der Ratifikationsbedingungen der Lausanner Abkommen abgeschlossen worden ist:**

**Protokoll:**

**Die Abkommen von Lausanne werden endgültig erst nach der in dem Abkommen vorgesehenen Ratifizierung in Kraft treten. Was die Gläubigerregierungen anbetrifft, in deren Namen dieses Abkommen paraphiert wird, so wird die Ratifizierung nicht vorgenommen werden, bevor nicht eine befriedigende Regelung zwischen ihnen und ihren eigenen Gläubigern erzielt sein wird.** Den Gläubigerregierungen steht es vollkommen frei, ihre Stellungnahme gegenüber ihren Parlamenten darzulegen, aber **es** wird keine präzise Bezugnahme auf diese Regelung im Text des Abkommens mit Deutschland erscheinen.

**Wenn in der Folge eine zufriedenstellende Regelung der Schulden der Gläubigermächte mit Deutschland erzielt wird, werden die Regierungen dieser Länder die Ratifizierung vornehmen und das Abkommen mit Deutschland seine volle Auswirkung nehmen. Falls die in Frage stehende Regelung nicht erzielt werden könnte, so wird das Abkommen mit Deutschland nicht ratifiizert werden. Dadurch würde eine neue Lage geschaffen werden und die interessierten Regierungen hätten sich über das, was sie dann tun müssen, zu verständigen.** Bei dieser Eventualität würde die legale Stellung aller interessierten Regierungen wieder die gleiche sein wie vor dem Hoover-Moratorium.

Von diesem Abkommen wird die deutsche Regierung in Kenntnis gesetzt.

Es folgen die Unterzeichner im Namen Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens.

*

**Italien und Belgien stimmen grundsätzlich dem Konsultativpakt zu.**

T.U. **London,** 14. Juli. Amtlichen Meldungen zufolge haben der italienische und der belgische Geschäftsträger am Donnerstag dem Foreign Office die grundsätzliche Zustimmung ihrer Regierungen zum Konsultativpakt mitgeteilt. Der italienische Geschäftsträger unterrichtete die englische Regierung davon, daß die italienische Regierung ihre volle Uebereinstimmung mit dem Gedanken, wie sie in der Erklärung vom 13. Juli hinsichtlich der europäischen Zusammenarbeit dargelegt sind, ausgedrückt hat und daß sie sich freue, ihre Zustimmung zu der Art der vorgeschlagenen Behandlung der europäischen Fragen zu geben.

Der belgische Geschäftsträger teilte mit, daß seine Regierung die genannte Erklärung dem Parlament zur Kenntnisnahme vorlegen werde in der Absicht, dessen Zustimmung für einen Beitritt Belgiens zu der englisch-französischen Erklärung zu erhalten.

*

**Das englische Weißbuch über Lausanne veröffentlicht.**

T.U. **London,** 14. Juli. In Form eines Weißbuches hat die englische Regierung am Donnerstag einige Urkunden veröffentlicht, die sich auf die in Lausanne erzielte Regelung beziehen. Das erste Schriftstück enthält das sogenannte Gentleman-Abkommen, das das Inkrafttreten des Lausanner Vertrages von der zufriedenstellenden Regelung der interalliierten Kriegsschulden abhängig macht. Das zweite Schriftstück enthält die Note mit der Mitteilung Belgiens, Englands, Frankreichs und Italiens an Deutschland über das Gentleman-Abkommen. Im dritten Dokument ist ein Brief des Reichskanzlers von Papen veröffentlicht, worin Papen zum Gentleman-Abkommen Stellung nimmt. Das vierte Dokument gibt eine diesbezügliche Frage des Reichskanzlers und die darauf erteilte Antwort wieder. Im fünften Dokument sind zwei gleichlautende Briefe des englischen Schatzkanzlers an den französischen Finanzminister und an den Italiener Mosconi wiedergegeben. Das Weißbuch schließt mit der Erklärung des englischen Außenministers, die er am 9. Juli auf der Schlußsitzung der Lausanner Konferenz hinsichtlich der Kriegsschulden der einladenden Mächte machte.

*

**Deutschland und das Gentleman-Abkommen. — Der Wortlaut des Kanzlerbriefes am Simon.**

T.U. **London,** 14. Juli. Der im englischen Weißbuch über Lausanne veröffentlichte Brief des deutschen Reichskanzlers an den englischen Außenminister Sir John Simon (Dokument drei) hat folgenden Wortlaut:

Lausanne, den 9. Juli 32.

Ew. Exzellenz bestätige ich ergebenst den Empfang des von Ihnen und den Herren der belgischen, französischen und italienischen Delegation unterzeichneten Schreibens, das Sie mir heute nach Unterzeichnung des Abkommens von Lausanne haben zugehen lassen.

Die Ihrem Schreiben anliegende Vereinbarung der vier Delegationen vom 3. ds. Mts. bezieht sich auf den Fall einer etwaigen Nichtratifikation des Abkommens von Lausanne, mithin auf die gleiche Frage, die auch den Gegenstand der Besprechung der Delegationschefs der sechs einladenden Mächte am 8. d. M. abends bildete. Entsprechend der bei dieser Besprechung getroffenen Verabredung habe ich noch am gleichen Abend in der öffentlichen Vollsitzung der Konferenz eine Frage wegen des in Rede stehenden Falles an den Herr Vorsitzenden gerichtet, die von ihm sofort im Namen der einladenden Gläubigermächte beantwortet wurde.

Unter diesen Umständen halte ich mich für berechtigt, davon auszugehen, daß die Angelegenheit für Deutschland durch meine Frage an den Herrn Vorsitzenden der Konferenz und dessen Antwort maßgebend erklärt worden ist.

gez. von Papen."

*

**Um Deutschlands Beitritt zum Konsultativpakt.**

T.U. **London,** 14. Juli. Entgegen einer Meldung des Pariser Korrespondenten der „Times", daß der Wortlaut des englisch-französischen Konsultativpaktes den Vereinigten Staaten von Amerika mitgeteilt worden sei, wird von zuständiger englischer Seite erklärt, daß das Abkommen ein rein europäisches sei und daß infolgedessen für eine amtliche Unterrichtung Amerikas kein Grund vorliege. Weiter wird von amtlicher englischer Stelle unter Berufung auf die Aeußerungen Macdonalds erklärt, daß durch den Pakt die Handlungsfreiheit Englands in den Kriegsschuldenverhandlungen mit Amerika in keiner Weise eingeschränkt sei. Von einer europäischen Einheitsfront gegenüber Amerika könne der ganzen Natur der Abmachungen nach keine Rede sein. Mit diesen amtlichen Erklärungen würde, so wird betont, hoffentlich die in Deutschland bestehende mißverständliche Auffassung über das Konsultativabkommen beseitigt sein, sodaß dem Beitritt Deutschlands nichts mehr im Wege stände. Eine Einschränkung der deutschen Handlungsfreiheit in der Abrüstung sei mit diesem Pakt nicht beabsichtigt.

*

**Präsident Hoover: Die amerikanische Schuldenpolitik bleibt von von den europäischen Sonderabmachungen unberührt.**

**T.U. Washington, 14. Juli. Präsident Hoover hat an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Senator Borah, einen Brief gerichtet, in dem er erklärt, daß die Politik der Vereinigten Staaten in der Frage der europäischen Schulden weder durch das Gentleman-Abkommen noch durch die Entente cordiale berührt werde.**

**Der Brief Hoovers an Senator Borah.**

T.U. **Washington,** 14. Juli. Der Brief des Präsidenten Hoover an Senator Borah hat folgenden Wortlaut:

Lieber Senator Borah! Ihr Schreiben über die Auswirkung der jüngsten Entwicklung in Europa auf die Regierung der Vereinigten Staaten habe ich durch Staatssekretär Stimson erhalten. Das amerikanische Volk ist natürlich erfreut, wenn eine Regelung der rein europäischen Reparationsfrage oder irgendwelcher anderer politischer und Wirtschaftsfragen erfolgt ist, die bisher eine Gesundung Europas verzögerten. Ein

solcher Vorgang zusammen mit einem wirklichen Fortschritt in der Abrüstungsfrage wird erheblich zur Beruhigung der Welt beitragen.

Ich wünsche aber vollkommen klarzustellen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten wegen keines der Abkommen, die nach Pressemeldungen in Lausannne abgeschlossen wurden, befragt worden ist und deshalb selbstverständlich durch keines der Abkommen in irgendeiner Weise gebunden ist. Indem ich nicht annehme, daß es die Absicht irgendeines dieser Abkommen ist, ein gemeinsames Vorgehen unserer Schuldner zu erzielen, wünsche ich auszusprechen, daß, falls irgendein Abkommen so ausgelegt werden sollte, ich es ablehne, daß dem amerikanischen Volk irgendeine Haltung aufgezwungen wird (be pressed into any line of aktion) oder daß es in irgend einer Weise durch eine solche Kombination entweder offen oder versteckt beeinflußt wird. gez. Herbert Hoover."

*

**Merkwürdige Verhandlungen des südslawischen Finanzministers in Paris.**

T.U. **Belgrad,** 14. Juli. Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, hat der südslawischer Finanzminister Gjorgjewitsch, der sich seit einer Woche in Paris aufhält, die Aufgabe, eine neue französische Anleihe bezw. neue französische Vorschüsse für Belgrad sicherzustellen, gestellt. Der Finanzminister soll bestrebt sein, den südslawischen Anteil an den restlichen deutschen Tributmilliarden schon jetzt flüssig zu machen, indem er sich von Frankreich die entsprechende Summe vorstrecken läßt und dafür die südslawischen Ansprüche an Paris abtritt. Die Verhandlungen sollen, wie in Belgrad verlautet, nicht ungünstig verlaufen, sie seien aber noch nicht abgeschlossen. Die Summe, um die es sich handelt, beträgt etwa 200 Millionen Goldfranken.

*

## Chamberlain über die französischen Schulden bei England

**Paris,** 14. Juli. Das französische Außenministerium veröffentlicht den Text des Briefes, den der englische Finanzminister Chamberlain an den französischen Finanzminister Germain Martin bezüglich der französischen Schulden bei England gerichtet hat: Die englische Regierung wäre sehr glücklich gewesen, wenn es möglich gewesen wäre, die Kriegsschulden Frankreichs in einem Gesamtplan der allgemeinen Annullierung der Schulden und Reparationen zu streichen. **Die englische Regierung bedauert, unter den gegenwärtigen Umständen keine definitiven Maßnahmen zur Abänderung des englisch-französischen Abkommens über die Kriegsschulden ergreifen zu können.** Sie ist jedoch damit einverstanden, daß die durch die Erklärung der Mächte vom 16. Juni vorgesehene **Zahlungsaussetzung sich auch auf die Annuitäten des französisch-englischen Schuldenabkommens, auf die Bestimmungen des Anhangs 1 vom Haager Abkommen vom 30. August 1929 erstreckt und zwar bis zur Inkraftsetzung des Lausanner Abkommens oder bis entschieden sein wird, daß dieses Abkommen nicht ratifiziert wird. Im Falle einer Nichtratifizierung des Lausanner Abkommens wird die legale Stellung aller interessierten Regierungen untereinander wieder dieselbe werden, wie sie nach dem englisch-französischen Schuldenabkommen bestand.** In diesem Falle hätten die englische und französische Regierung gemeinsam die dadurch de facto geschaffene Lage zu prüfen.

## Verworrene Lage auf der Abrüstnugskonferenz

**Genf,** 14. Juli. Die Lage auf der Abrüstungskonferenz stellt sich verworrener denn je dar. Der Hauptausschuß wird nun wahrscheinlich erst am Dienstag, vielleicht sogar erst am Mittwoch zusammentreten können. Gegen die Resolutionsentwürfe ist von den verschiedenen Seiten Einspruch erhoben worden. Die bisherigen Entwürfe enthalten **keinerlei praktische, sofort wirksame uneingeschränkte Abrüstungsmaßnahmen.** Bezeichnend ist, daß diese Entwürfe bestimmte Grundforderungen, wie beispielsweise in der Gleichberechtigung, völlig außer acht lassen. Neuerdings trägt man sich in Kreisen der Konferenzleitung mit dem Gedanken, der Konferenz lediglich die Annahme eines Berichtes vorzuschlagen.

*

**Vorbesprechungen zur Abrüstungsentschließung**

**Paris,** 14. Juli. Ministerpräsident Herriot wird am Sonntag abend in Begleitung des Kriegsministers Paul-Boncour nach Genf abreisen. Laut Havas werden am Montag Verhandlungen zwischen der französischen Delegation und der englischen Delegation beginnen, während die Arbeiten des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz am Dienstag beginnen werden.

**Die sowjetrussischen Mindestforderungen für die Vertagungsentschließung der Abrüstungskonferenz.**

T.U. **Genf,** 14. Juli. Die sowjetrussische Abordnung hat dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz eine Erklärung übermittelt, die die Mindestforderungen der Moskauer Regierung für die vorgesehene Vertagungsentschließung enthält. Die sowjetrussische Regierung erklärt, daß sie der vom englischen Außenminister Simon vorgeschlagenen Entschließung nicht zustimmen könne, wenn nicht folgende Bestimmungen in der Entschließung aufgenommen würden:

1. Quantitative Herabsetzung sämtlicher bestehender Rüstungen mindestens um 33⅓ v. H. gegenüber dem ersten Abschnitt der Abrüstung mit Ausnahme der kleineren Staaten und der nach den internationalen Verträgen bereits abgerüsteten Staaten.
2. Vollständige Abschaffung sämtlicher Bombenflugzeuge.
3. Abschaffung der Tanks jeglicher Art.
4. Beschränkung der beweglichen Landartillerie auf ein Höchstkaliber von 100 Millimetern.
5. Beschränkung der Schiffsartillerie entsprechend der Beschränkung der Küstenartillerie.

Das Präsidium der Konferenz wird beauftragt, in dem Zeitraum zwischen den beiden Tagungen der Konferenz praktische Vorschläge über die Anwendung des Grundsatzes zur Herabsetzung der Flottenrüstungen um 33⅓ v. H. auszuarbeiten.

## Sozialdemokratischer Protest gegen die Politik der Reichsregierung

**Berlin,** 14. Juli. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat an den Reichspräsidenten ein von Wels als dem Parteivorsitzenden und von Breitscheid als dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion unterzeichnetes Telegramm gerichtet, in dem **schärfster Protest gegen die Politik der Reichsregierung** erhoben wird, durch die „nicht zuletzt durch die Aufhebung des SA.-Verbotes und die Freigabe ihrer Uniformen bürgerkriegsähnliche Zustände in ganz Deutschland" ausgelöst worden seien. Es wird auf die täglich wachsende Zahl von Toten und Verletzten, auf die Herabdrückung der Existenzbedingungen für Millionen und auf die Verwilderung der politischen Sitten hingewiesen und werden Besorgnisse in bezug auf die Erhaltung der Reichseinheit durch die Staatsautorität geäußert, die von einer Durchkreuzung der Maßnahmen verfassungstreuer Länderregierungen ausgehen könnten, die sich um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bemühten. Das Telegramm schließt mit einer Mahnung in letzter Stunde zur Umkehr.

## Wels und Severing auf der Kundgebung der Eisernen Front in Berlin

T.U. **Berlin,** 14. Juli. Auf der Kundgebung der Eisernen Front in den Tennishallen in Wilmersdorf sprachen am Donnerstag die sozialdemokratischen Führer Wels und Severing, die stürmisch begrüßt wurden. Wels erklärte, die Auflösung des Reichstages, die nach einem Sieg der früheren Regierung erfolgt sei, sei ein Akt des Kampfes gegen die aufsteigende Arbeiterschaft gewesen. Jetzt erschalle der Ruf: „Volksrecht gegen Herrenrecht!" Aus der Drachensaat des Hasses würden Millionen neuer Kämpfer hervorgehen, um die Freiheit zu erringen. Die Barone mögen sich merken, daß die Stellung der Arbeiter in einem Staat entscheidend sei. Herr von Papen habe in Lausanne erklärt: „Lieber tot als Sklave, lieber republikanisch sterben als faschistisch verderben!" Minister Severing sagte, wenn das deutsche Volk nicht noch bis zum Wahltage erkleckliches hinzulerne, so werde ein Reichstag kommen, der nicht nur in der Konstellation der Parteien, sondern auch in seiner politischen Unfruchtbarkeit dem preußischen Landtag ähneln werde wie ein Ei dem anderen.

Ein unfruchtbarer Reichstag hätte aber wahrscheinlich lange noch ein Geschäftsministerium Papen-Gayl-Schleicher zur Folge und was sich die Männer als politisches Ziel auserkoren hätten, das zeige mit fast brutaler Offenheit ihre erste Erklärung. Die Ausdrucksweise dieser ersten Regierungserklärung sei nicht auf dem geistigen Boden des Herr von Papen erwachsen, es sei die Ausdrucksweise der Nationalsozialisten. Das sei Wein vom Wein der Nationalsozialisten. Eine Abkehr vom Wohlfahrtsstaat bedeute nichts anderes als einen Rückfall in die Jahre von 1881 bis 1884.

Der Minister stellte dann den überparteilichen Charakter des Kabinetts von Papen in Zweifel und betonte dabei, wenn er als geschäftsführender Minister etwa aus der S.P.D. austrete, woran er aber nicht denke, so würde deswegen noch niemand von ihm glauben, daß er nicht mehr eine sozialdemokratische Gesinnung habe. Die Regierung sei noch stockdeutschnational und stockkonservativ. Severing forderte die Versammlung zum Schluß auf, in dem Kampfruf „Freiheit" nicht nur ein Lippenbekanntnis zu sehen, sondern ihn auch im Herzen zu bewahren.

Vor den Tennishallen fand vor Beginn ein Vorbeimarsch aller Teilnehmer vor Severing, Grzesinski, Wels und Künstler statt.

## Der Reichspräsident beglückwünscht Ludwig Fulda

T.U. **Berlin,** 14. Juli. Reichspräsident von Hindenburg hat dem Dichter Ludwig Fulda anläßlich seines 70. Geburtstages seine Glückwünsche übermittelt und ihm die Goethe-Medaille für Wissenschaft und Kunst verliehen.

## Riesenbrand im Hafen von Antwerpen

T.U. **Antwerpen,** 14. Juli. In einem Holzlager im Hafen von Antwerpen ist am Donnerstag abend ein riesiges Schadenfeuer ausgebrochen, das sich mit rasender Geschwindigkeit ausbreitete. Die Hafenfeuerwehr und sämtliche Feuerwehren der Antwerpener Bannmeile wurden alarmiert. Der Brand war bis Mitternacht noch nicht gelöscht. Die Arbeit der Feuerwehr mußte sich auf die Eindämmung des Brandherdes beschränken. Der durch das Feuer angerichtete Schaden ist unübersehbar. Nach den polizeilichen Feststellungen ist Brandstiftung anzunehmen. Man nimmt an, daß kommunistische Terroristen den Brand angelegt haben.

## Politische Zusammenstöße

**Schwere Schießerei in Berlin**

**Berlin,** 14. Juli. In Siemensstadt kam es zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu heftigen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf acht Schüsse abgegeben worden sein sollen, durch die fünf Kommunisten schwer und einige leicht verletzt wurden. Acht Kommunisten und Nationalsozialisten wurden festgenommen. Zwei Beteiligte sind gestorben.

**Politischer Zusammenstoß in Düsseldorf — Ein Toter**

**Düsseldorf,** 14. Juli. Zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kam es hier in der vergangenen Nacht zu einem Zusammenstoß. Einer der Beteiligten, vermutlich Mitglied der KPD., wurde durch einen Schuß tödlich verletzt.

## Wovon man spricht

**Schwere Gewitter und Wolkenbruch in Mecklenburg**

**Schwerin,** 14. Juli. Ein außerordentlich schweres Gewitter mit Hagelschlag und Wolkenbruch hat die mecklenburgische Stadt Grivitz und Umgebung heimgesucht. Das Wasser überschwemmte Straßen und Hausflure und drang zum Teil in die Wohnzimmer. Der durch den Hagel verursachte Schaden ist ungeheuer groß. Der Blitz zündete in Grivitz und Umgebung in sechs Gebäuden; in der Stadt Grivitz schlug er in zwei Gebäude, von denen eines eingeäschert wurde. In der Umgebung sind durch **Blitzschläge** insgesamt **vier Wohn- und Wirtschaftsgebäude in Asche gelegt** worden, auch Vieh ist umgekommen.

**Devisenschmuggel um Prinz Isenburg**

Der in Charlottenburg wohnhafte Prinz Viktor Salvator von Isenburg wurde am Mittwoch vormittag auf Antrag der Staatsanwaltschaft unter der Beschuldigung verhaftet, sich gegen die Devisenverordnung vergangen zu haben. Nach den bisherigen Ermittlungen soll Prinz Isenburg deutsche Effekten im Werte von einer Viertelmillion in Reichsmark eingelöst und nach dem Ausland gebracht haben. Prinz Isenburg bestreitet das. Sein Verteidiger hat den Antrag auf Haftentlassung gestellt. Die Verhaftung des Prinzen Viktor Salvador Isenburg-Birstein durch Organe der Zollfahndungsstelle Berlin-Brandenburg hat in der gesamten Gesellschaft Berlins, in der der Prinz eine hervorragende Stellung bekleidete, das größte Aufsehen hervorgerufen.

**Brandkatastrophe in einem chilenischen Kino**

**Concepcion** (Chile), 14. Juli. In einem Kino in dem Marinestützpunkt Talcahuano geriet während einer Vorstellung ein Film in Brand und es entstand eine Panik. **20 Kinder fanden dabei den Tod;** 40 wurden verletzt.

**Abonniert das „Durlacher Tageblatt"**

## Gib acht auf Orla!

ROMAN von ARNO HOHENFELD

VERTRIEBSRECHTE LITERATUR-VERLAG GLORIA BERLIN-STEGLITZ

9. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Das wollen wir eben feststellen, liebe Frau, deshalb sind wir gekommen. Ich bin Kriminalkommissar Fränkel und diese Herren gehören zu meiner Begleitung. Nun führen Sie uns mal zu Herrn von Wemblin."

Frau Brennert öffnete die Tür eines elegant möblierten Herrenzimmers, in das durch ein schönes breites Fenster das Tageslicht bis in den letzten Winkel fand. Zur Linken stand eine Garnitur Lederklubmöbel mit einem Rauchtisch, dann folgte eine Tür, die Zutritt zu dem Schlafzimmer verschaffte und näher dem Fenster ein Musikschrank. Auf der Rechten befand sich eine riesige Bibliothek mit reicher Schnitzerei, ein altes und offenbar recht kostbares Möbel, dann kam eine Tür, die nach einem salonartig eingerichteten Raum ging, und den Rest der Wand bis zum Fenster füllte wieder ein Klubsofa mit Gobelinbezug aus. Nahe dem Fenster, mehr nach links und etwas schräg gestellt, stand ein Diplomatenschreibtisch und vor diesem ein hoher, geschnitzter Lehnstuhl im Muster der Bibliothek.

Auf diesem Stuhl ruhte in nach rechts geneigter Haltung, also dem Zimmer zu, der tote Kurt von Wemblin, seine rechte Hand hielt noch den Revolver, aus dem der Schuß in die Schläfe erfolgt war.

Nachdem der Photograph auf Fränkels Anweisung sich mehrfach betätigt, begann die bis ins kleinste gehende außerordentlich gewissenhafte Untersuchung.

Was bereits den Verdacht des Kriminalwachtmeisters geweckt hatte, erregte erst recht Fränkels Argwohn, nämlich, daß die Waffe in der zur Faust geballten Hand des Toten ruhte, als habe dieser damit werfen, aber nicht schießen wollen. Kein Zweifel, dem Toten war die Waffe in die Hand gedrückt worden und mithin Selbstmord ausgeschlossen.

Wemblins Linke war ebenfalls zur Faust geballt. Aus ihr lugte ein Stückchen Papier heraus, das Fränkel behutsam hervorholte. Es war ein an Wemblin gerichteter Brief, der folgenden Wortlaut hatte:

„Nachdem ich Dir mit aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben habe, daß mein Herz nur meinem Gatten gehört, wagst Du es noch weiter, Dich mir zu nähern. Solltest Du noch einen einzigen Versuch machen, werde ich Ullrich verständigen und ihn um entsprechende Maßregeln bitten. — Deine Beteuerung, ohne mich nicht leben zu können, ist eine abgedroschene Phrase, der ich umsoweniger Bedeutung beimessen kann, als Du, wie ich wohl weiß, verschiedentlich Beziehungen unterhältst. Anita."

Unter dieses Schreiben, das keine Anrede, sondern nur die Adresse enthielt, war mit Bleistift notiert: „Daß meine Beteuerung aus dem Herzen kam, beweise ich Dir durch die Tat! Kurt."

„Verteufelt noch mal," brummte Fränkel, „das sieht doch nun wieder ganz nach Selbstmord aus. Wäre der Revolver nur ein klein bißchen geschickter untergebracht worden, müßte man meinen, er habe sich das Leben genommen, aber so . . . Es kann doch nicht sein! Ein Finger hätte sich am Abzug befinden müssen! . . ."

Daß er keinen einfachen Fall vor sich hatte, war Fränkel gründlich vor Augen geführt worden, vielleicht lag die Sache aber doch leichter als sie sich in diesem Augenblick zeigte.

„Scholz, rufen Sie doch die Frau Brennert ins Nebenzimmer zum Verhör."

Aufgestört von dem Ereignis, das sie um ihre gut bezahlte und geradezu ideale Stellung brachte, erschien Frau Brennert mit verzweifelter Miene und wußte nicht, wo sie ihre Hände lassen sollte. Fortgesetzt jammerte sie.

„Beruhigen Sie sich doch, liebe Frau," redete ihr Fränkel zu. „Geht Ihnen denn der Tod Ihres Herrn wirklich so nahe?"

„Ach, Herr Kommissar, Sie können sich ja gar nicht denken, was ich dadurch verloren habe."

„Es trifft Sie auch vollkommen überraschend, nicht wahr?"

„Ein Blitz aus heiterem Himmel könnte mich nicht mehr in Erstaunen versetzen. Der liebe Gott mag wissen, was ihn zu dieser unseligen Tat veranlaßt hat."

„Ja, wenn man immer wüßte, warum dies und das geschieht, liebe Frau Brennert, hinterher, da fallen einem dann gewöhnlich die Merkmale ein, die man nicht beachtet hat."

„Nicht eins wüßte ich!"

„Denken Sie mal ein kleines bißchen nach. Irgend eine Veränderung werden Sie wohl an ihm bemerkt haben. War er verstimmt oder gar ärgerlich, ging er mit gesenktem Kopf umher, zeigte er sich nervös, na kurz, eben anders, als er sich sonst gab."

„Aber nein, nein!"

„Und doch muß es der Fall sein, denn den Revolver hier scheint er sich doch erst in den letzten Tagen zugelegt zu haben, nagelneu!"

„Darf ich mir den Revolver mal ansehen?"

„Bitte schön!"

Die Brennert nahm die Waffe und drehte sie suchend in der Hand hin und her.

„Das ist nicht Herrn von Wemblins Revolver. Er hat nur einen gehabt und seinen Namen darauf gravieren lassen."

„Einen solchen haben wir zwar in seinem Schreibtisch gefunden, aber trotzdem könnte es der seine sein."

Die Frau schüttelte, bei ihrer Meinung verharrend, den Kopf.

„Ja, wem könnte er denn dann gehören?"

„Ich weiß es nicht."

„Vielleicht meldet sich der Eigentümer," sagte Fränkel scheinbar gleichgültig das Thema fallen lassend. „Wann haben Sie denn Herrn von Wemblin das letzte Mal lebend gesehen?"

„Gestern abend, so gegen halb acht, als ich mich von ihm verabschiedete und ins Kino ging."

„Wann kamen Sie aus dem Kino zurück?"

„Ich bin nicht gleich nach Hause gegangen. Eine Freundin von mir hatte Geburtstag, und so sind wir hinterher noch in ein Café gegangen."

(Fortsetzung folgt.)